

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 1126/2006

12.09.2006

Bildungsreformen: Zwischenspur ja – aber bitte in die richtige Richtung

*Zu den Ergebnissen der OECD-Bildungsstudie "Bildung auf einen Blick" erklären **Priska Hinz**, bildungspolitische Sprecherin, und **Kai Gehring**, jugend- und hochschulpolitischer Sprecher:*

Angesichts der OECD-Zahlen zum deutschen Bildungssystem fordert die Bundesregierung einen "Zwischenspur" in der Bildungspolitik. Wir meinen: Einen Zwischenspur sollte man nur einlegen, wenn man in die richtige Richtung läuft. Doch mit früher Selektion in der Schule und dem Abbau von Studienplätzen folgen Bund und Länder einem falschen Kurs. Bildungspolitische Reformen und Investitionen mit Weitblick sind daher dringend gefordert. Deutschland hat zu viele Bildungsverlierer und zu wenig Akademiker.

Bund und Länder stehen bei der Entwicklung eines zukunftsfähigen Bildungssystems seit einem Jahr auf der Bremse:

Mit der Föderalismusreform hat der Bund den bildungspolitischen Staffelstab fast völlig aus der Hand gegeben. Er hat sich sehenden Auges von einer aktiven und impulsgebenden Bildungspolitik verabschiedet. Dabei wäre die Fortführung von Initiativen wie dem Ganztagschulprogramm dringend nötig. Das macht ein Blick auf den Primarbereich deutlich: Im OECD-Vergleich investiert Deutschland immer noch viel zu wenig in Grundschüler und gibt Achtjährigen einen Monat weniger Unterricht im Jahr als der OECD-Durchschnitt. Individuelle Förderung eines jeden einzelnen kann so nicht gelingen. Denn auf den Anfang kommt es an! Nur mit einer guten frühkindlichen und Grundschulbildung können die Potenziale aller Kinder und Jugendlichen geweckt, die soziale Ungleichheit im Bildungssystem nachhaltig verringert und die notwendigen Voraussetzungen für mehr Abiturienten geschaffen werden.

Auch bei der Zahl der Studienanfänger und Hochschulabsolventen fällt Deutschland weit hinter die internationale Spitze zurück. Der Weg in die Wissensgesellschaft führt jedoch nur durch weit geöffnete Hörsaal Türen. Ein Ausbau der Kapazitäten an den Hochschulen ist daher dringend nötig. Ein "Zwischenspur" würde bedeuten, in den kommenden 5 Jahren mindestens 700.000 zusätzliche Studienplätze zu schaffen. Doch die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über den angekündigten Hochschulpakt stocken seit Monaten. Auf die drängende Frage, wie möglichst schnell für alle Studierwilligen ein Studienplatz angeboten werden kann, hat Bildungsministerin Schavan bislang keine Antwort. Eine deutliche Steigerung bei Studienanfängern erfordert zudem, dass keine neuen Zugangshürden errichtet und eine flexiblere Regelung des Studienzugangs geschaffen wird.

Und wer glaubt, wenigstens in der beruflichen Bildung noch auf das Vorbild Deutschland verweisen zu können, der irrt. Die Berufsabschlüsse der jüngeren Generation gehen zurück. Auch im Ausbildungsbereich müssen die Strukturen verändert werden. Wir Grüne haben dazu umfangreiche Vorschläge gemacht.

Die Länder müssen aufhören, eifersüchtig ihre Kompetenzen in der Bildung zu bewachen. Stattdessen müssen sie gemeinsam mit dem Bund für alle Bildungsphasen Ziele formulieren, zu denen alle nach ihren Möglichkeiten beitragen. Es nützt Kindern, Jugendlichen und Studierenden nichts, wenn sie wissen,



Bundestagsfraktion

wer eigentlich etwas hätte tun müssen. Der Hochschulpakt wird der Prüfstein sein, ob solch zielorientiertes Handeln in der Bildungspolitik möglich ist. Derzeit sieht es schlecht aus.